

Antrag 112/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verankerung der sozialen Selbstverwaltung im Grundgesetz – Ergänzung des Sozialstaatsprinzips in Artikel 20 unseres Grundgesetzes**

1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefor-
2 dert, umgehend mittels Gesetzesinitiative darauf hinzu-
3 wirken, dass durch eine Ergänzung des Artikel 20 GG die
4 Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger grundge-
5 setzlich abgesichert wird. Hierzu ist Art. 20 um folgenden
6 Absatz 5 zu ergänzen:

7
8 *Die Absicherung dieses Sozialstaatsprinzips mittels der so-*
9 *zialen Selbstverwaltung durch Gewerkschaften und Arbeit-*
10 *geberverbände bei den Trägern der Sozialversicherung fällt*
11 *unter den Schutz dieses Artikels.*

12 Der Bundesparteivorstand wird aufgefordert, bei seinen
13 derzeitigen Überlegungen zu einem „modernen Sozial-
14 staat“ dieses Ansinnen unbedingt mit einzubeziehen.

Begründung

17 Gerade in Zeiten des Erstarkens nationalkonservativer
18 Kräfte in Deutschland steht zu befürchten, dass bei wech-
19 selnden Mehrheiten im Deutschen Bundestag durch ein-
20 fachgesetzliche Änderungen des Vierten Sozialgesetz-
21 buchs – SGB IV – die seit vielen Jahrzehnten erfolgreich ge-
22 lebte Sozialpartnerschaft bei den ehrenamtlichen Gremi-
23 en der Sozialversicherungsträger zugunsten politisch ge-
24 lenkter Mandatsbesetzungen abgeschafft wird. Dies gilt
25 es durch eine Verankerung der sozialen Selbstverwaltung
26 im Grundgesetz bereits präventiv zu verhindern. Auch der
27 Bundesbeauftragte für die Sozialwahl wirbt vehement für
28 eine absichernde Regelung (wenn auch an anderer Stelle
29 im Grundgesetz). Er stellt u.a. hierzu fest:

31 “Aber auch im Grundgesetz muss die besondere Stellung
32 der Träger der Sozialversicherung als Treuhänder ihrer
33 Mitglieder klar herausgestellt werden. Es muss deutlich
34 werden, dass mit der im Grundgesetz getroffenen Ent-
35 scheidung, die Sozialversicherung als mittelbare Staats-
36 verwaltung auszugestalten, bereits auch eine Entschei-
37 dung für eine substantielle Autonomie der Träger und
38 ihrer Organe getroffen worden ist. Es ist angesichts der
39 heutigen Bedeutung der Sozialversicherung nicht zuletzt
40 auch als „Garant des sozialen Friedens“ in Deutschland,
41 nicht mehr angemessen, im Selbstverwaltungsgrundsatz
42 lediglich eine innerstaatliche Organisationsform der De-
43 zentralisation zu erblicken.“ (Quelle: Der Bundeswahlbe-
44 auftragte für die Sozialversicherungswahlen, Schlussbe-
45 richt über die Sozialwahlen 2023, Seite: 191)